

INTERVIEW

Arnold zum Drohnen-Debakel: "Das darf nicht passieren"

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wirft dem Verteidigungsministerium vor, das Parlament beim gescheiterten Euro-Hawk-Projekt hinters Licht geführt zu haben.



In die Entwicklung des gestoppten Euro-Hawk-Projekts wurden bereits 508 Millionen Euro investiert. Foto: dpa

BZ: Herr Arnold, was ist schiefgelaufen beim Euro-Hawk?

Arnold: Es ist immer weiter Geld in ein Projekt gepumpt worden, bei dem man spätestens 2011 hätte erkennen müssen, dass es am Ende nicht funktionieren wird. Das Parlament ist über diesen gravierenden Vorgang nicht informiert worden.

BZ: Ab 2011 hätte der Verteidigungsminister also Ihrer Ansicht nach wissen können, dass die Zulassung kaum zu erlangen ist. Was ist Strukturversagen im Beschaffungswesen? Welche Verantwortung trägt de Maizière?

Arnold: In diesem Fall kann von Strukturversagen keine Rede sein. Wir haben im Verteidigungsausschuss und auch im Haushaltsausschuss bei vielen Projekten frühzeitig Hinweise und Informationen bekommen, wenn Probleme auftraten. Die Strukturen für einen ausreichenden Informationsfluss sind vorhanden. Wenn, dann hat der

Verteidigungsminister ein strukturelles Problem, weil de Maizière versucht, schwierige Sachverhalte von sich fernzuhalten, indem er diese seinen beamteten Staatssekretär und langjährigen Weggefährten Stéphane Beemelmans an der langen Leine steuern lässt. Das bedeutet, er selbst hat sich nicht gekümmert. Der Minister wird jedenfalls die Frage beantworten müssen, wann der Sachverhalt bei ihm auf dem Schreibtisch landete. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er nicht informiert wurde. Denn es geht nicht nur um 688 Millionen Euro, sondern auch um eine Nato-relevante Fähigkeit, bei der wir Bündniszusagen gegeben haben. Wenn er also nicht ausreichend informiert worden wäre, wäre es demnach umso problematischer.

BZ: Die FAS meldet, schon 2004 – also zu Zeiten von Rot-Grün – hätte es Hinweise gegeben, dass der Kollisionsschutz beim Euro-Hawk ein Problem werden könnte. Warum wurde nicht viel früher reagiert – auch unter Ihrer Verantwortung?

Arnold: Wegen dieser Hinweise wurde die Drohne ja nicht von der Stange gekauft. 2007 wurde deshalb ein Entwicklungsvertrag abgeschlossen. Ein fehlendes Kollisionswarnsystem ist dabei kein K.O.-Kriterium, solche Systeme sind Stand der internationalen Luftfahrttechnik, zum damaligen Zeitpunkt war das Scheitern also noch nicht absehbar.

BZ: Wie viel Transparenz ist bei solchen Rüstungsprojekten in Parlament und Öffentlichkeit nötig, wie viel Geheimhaltung darf Vertragspartnern – in diesem Fall in den USA – zugesichert werden?

Arnold: Es ist nach meinem parlamentarischen Verständnis völlig ausgeschlossen, dass amerikanische Firmen der Bundesregierung untersagen können, das Parlament oder den Bundesrechnungshof zu informieren. Wir sind nicht, wie im Vertrag formuliert, Dritte, sondern Teil der deutschen Administration. Deshalb ist die Nichtweitergabe beziehungsweise die im zweiten Schritt geschwärzte Weitergabe der Akten an den Bundesrechnungshof aus meiner Sicht rechtswidrig.

BZ: Warum haben Sie als Parlamentarier denn keine Hinweise gehabt, dass es nicht funktioniert?

Arnold: Uns wurde im Parlament noch 2011 eine wunderschöne Erfolgsmeldung von einem tollen Überführungsflug verkauft. Das Parlament kann hier nicht selbst aktiv ermitteln, sondern muss sich darauf verlassen können, dass es vom Verteidigungsministerium informiert wird. Das hat in früheren Fällen auch sehr gut funktioniert. Aber in diesem Fall wäre die Sache gar nicht publik geworden, wenn meine Fraktion nicht so hartnäckig nachgefragt hätte. Erst im Februar dieses Jahres hatten wir Hinweise von einem mit der Sache vertrauten Informanten, dass dieses Projekt scheitert.

BZ: Was bedeutet dies für den Minister?

Arnold: In jeder Rede sagt de Maizière, Zuständigkeit und Verantwortung lägen jetzt im Ministerium in einer Hand. Deshalb ist jetzt die Erwartung da, dass er klar macht, wer die Verantwortung für das Scheitern übernehmen muss. Das kann man auch nicht nach unten abwälzen.

BZ: Soll Deutschland – wie es die FDP jetzt fordert – aus dem Nato-Aufklärungssystem AGS aussteigen, weil die dafür erforderliche Drohne Global-Hawk wegen des fehlenden Kollisionsschutzes ebenfalls keine Zulassung erhält?

Arnold: Auch AGS wird meiner Ansicht nach scheitern. Es darf kein weiteres Geld in ein Projekt fließen, von dem nicht definitiv geklärt ist, ob es die luftverkehrsrechtliche Zulassung in Europa erhält. In diesem Zusammenhang sollte der Minister außerdem

erkennen, dass sein Wunsch nach einer deutschen Kampfdrohne scheitert, weil alle verfügbaren Geräte in Europa nicht fliegen dürfen.

BZ: Wie kann verhindert werden, dass die nächste halbe Milliarde in den Sand gesetzt wird?

Arnold: Wenn uns im Parlament Jahr für Jahr Haushaltsvorlagen gemacht werden und bei diesen Anträgen wichtige Fakten unterschlagen werden, dann ist das kein reformbedürftiges Strukturproblem. Das Parlament wurde schlichtweg hinters Licht geführt. Da muss man nichts gesetzlich neu regeln, das darf schon jetzt nicht passieren.

Rainer Arnold ist 62 Jahre alt und sitzt seit 1998 im Bundestag. Der gebürtige Stuttgarter, der vor seiner Politikkarriere an der Volkshochschule Stuttgart arbeitete, ist seit 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Autor: Thomas Maron